

Energiepreise - Strompreise

Ich schicke allem was ich zur Klimapolitik sage voraus, bei meiner Kritik an der Klimapolitik beanstande ich nie das Ziel, sondern nur den Weg.

Mittlerweile habe ich den Eindruck, daß der Minister, der das meiste Geld ausgibt, der selbsternannte Umweltschützer, der die teuersten Vorschläge macht, bei sehr vielen den größten Zuspruch erfahren. Die meisten Mitbürger müssen mit dem verdienten oder zugeteilten Geld sparsam umgehen. Es geht mir darum, daß das Ziel auf eine mich und meine Mitbürger möglichst gering belastende Weise erreicht wird.

Elektrizität ist in Deutschland teurer als in vielen anderen Ländern der EU. Ursache ist einerseits die den Energiekonzernen von der Politik aufgezwungenen extrem hohen mit einer Abnahmeverpflichtung verbundenen Abnahmepreise für die erneuerbaren Energien und andererseits der von der rot/grünen Bundesregierung zu verantwortende fehlende Wettbewerb durch die Etablierung von 4 marktbeherrschenden Energieunternehmen. Seit dem 2. Halbjahr 2006 beleuchtete und kommentiert der hessische Wirtschaftsminister Riel die Energiepreise, insbesondere die Strompreise, sehr intensiv. Zurecht weist er darauf hin, daß ein Einkaufskartell die falsche Antwort wäre. Ergänzend zu seiner schlüssigen Argumentation, ist zu erwähnen, daß ein Einkaufskartell auch leicht zu weiteren marktwidrigen Absprachen führen kann. Andererseits ist aber auch ein erzwungener Verkauf von Produktionsstätten, wie er vorgeschlagen wird, keine Wettbewerbsverbesserung, denn ohne jederzeit sicheren Netzzugang zu einem an den realen Kosten gebildeten Preis, hätten die neuen Marktteilnehmer nur geringe Wettbewerbschancen. Ich befürchte, daß die vier etablierten Konzerne die Grundlast liefern würden und die hinzukommenden Erzeuger müßten sich im Wesentlichen mit der Abdeckung der Spitzenlast begnügen. Aber selbst mit eigenem Netz entstünde kein ausreichender Wettbewerb und Preisdruck, denn das Wettbewerbsversagen entsteht durch den Umstand, daß Erzeugung und Netz in jeweils einer Hand liegen. Eine Netzagentur kann, wie vom Gesetzgeber gewollt und auch geglaubt wird, keine marktgerechten Preise garantieren, weil die Kalkulations- und Bewertungsgrundlagen von fast unerschöpflichen Manipulationsmöglichkeiten begleitet sind.

In der Sendung von Sabine Christiansen, am 8.10.06, an der auch der hessische Ministerpräsident Koch teilnahm, sagte Herr Kohlmann vom Verband der Elektrizitätswirtschaft, „die Strompreise haben nichts mit den Kosten zu tun, sie werden am Markt gebildet“. Die Aussage selbst ist eindeutig, und richtig, nur, wo ist der Markt?

Die Leipziger Strombörse ist im eigentlichen Sinne kein Markt, weil die Summe der Energienutzer keinen Zugang zu dieser Börse hat. Noch nie hat jemand von der Seite der Energiewirtschaft so ungewollt und unbefangen auf die Dringlichkeit der Entstehung eines stärkeren Wettbewerbs hingewiesen. Meine Überzeugung ist, nimmt man den Energieerzeugern die Netze, kippt der Markt vom Verkäufer- zum Käufermarkt.

Solange Quasimonopolisten das Eigentum an den Verteilungseinrichtungen besitzen oder kontrollieren, gibt es keinen Energiemarkt, kann Wettbewerb nicht entstehen. Stellen sie sich vor, die Autobahnen wären im Besitz weniger Spediteure und diese hätten die Autobahnen unter sich regional aufgeteilt und hätten, zwar von einer staatlichen Aufsicht überwacht, Einfluss auf die Nutzungsentgelte. Gibt es irgendein Produkt, das unter solchen Umständen nicht teurer würde, als es jetzt ist?

Die in den ersten drei Jahren der Energiemarktliberalisierung, ab 1998 gesammelten Erfahrungen beweisen, daß Wettbewerb sehr großen Druck auf die Preise ausüben kann. Bevor der damalige Wirtschaftsminister Müller die Chance bekam und nutzte die Segmentierung des Energiemarktes wohlwollend zubegleiten, wurden in dieser Zeit insbesondere für größere und große Verbraucher sehr erhebliche Preisreduzierungen erreicht. Es darf nicht übersehen werden, daß diese Kostenreduzierungen auch über die

Produktpreise dem Endverbraucher zugute kamen. Die enormen Belastungen der Volkswirtschaft, die zur Hinterlassenschaft von Wirtschaftsminister Müller gehören, beweisen, wie schädlich es ist, wenn die Politik Industriepolitik statt Verbraucherpolitik betreibt.

Der Energiemarkt ist, durch seine Abhängigkeit von leitungsgebundenen Vertriebswegen, nicht vergleichbar mit anderen Markt Bereichen. Deshalb braucht der Energiemarkt einen anderen gesetzlichen Rahmen.

1. Der vertikale Vertrieb bei Strom und Gas, durch die Kapitalbeteiligung der Kraftwerksbetreiber bei den Weiterverteilern sollte mittelfristig vom Gesetzgeber, eventuell auch durch eine deutsche Initiative in Brüssel, unterbunden werden. Mit diesen Kapitalbeteiligungen sichern sich die Investoren den Absatz für die eigene Stromerzeugung und in Leipzig zugekauften Strom. Damit ist quasi ein Monopol für die jeweiligen lokalen Märkte entstanden. In einem wirklich freien Markt gibt es ausreichend viele branchenfremde Investoren, welche die Kapitalbeteiligungen bei den Weiterverteilern (lokalen Versorgern) ablösen können. Diese Entflechtung tut not. Nach der Entflechtung sollten die einzelnen Weiterverteiler ab einer zu bestimmenden Größe über keine eigenen Stromerzeugungskapazitäten verfügen, die einen festzusetzenden Anteil ihres Bedarfs übersteigen.
2. Im Strombereich müssen zumindest die Höchst- und Hochspannungsnetze ausgegliedert werden und in andere Hände übergehen. Die Europäische Kommission will im September 2007 dem Europäischen Parlament einen Gesetzesentwurf mit entsprechender Zielsetzung zuleiten, der die Gasleitungen mit vergleichbarer Bedeutung einschließt. Die Bundesregierung ist unverständlicherweise dagegen. Ich denke, unabhängige Netzbetreiber sollten sich etablieren können, und zwar so, daß es im Wettbewerb stehende Durchleitungsmöglichkeiten gibt, vergleichbar mit dem Autobahnnetz, dort ist es möglich, auf jeweils verschiedenen Routen von X nach Y zu fahren. Zur Garantie der Versorgungssicherheit, sind die Netze in gesetzlich festzulegenden Intervallen vom TÜV zu prüfen, verbunden mit der Pflicht für die Netzbesitzer entsprechend dem Prüfbericht zu investieren und die Netze gegebenenfalls bedarfsgerecht zu erweitern. Mit Hilfe der Kartellbehörden sollte sichergestellt werden, daß es auf Dauer im Wettbewerb stehende Durchleitungsmöglichkeiten gibt. In Großbritannien ist dies in ähnlicher Weise bereits durchgesetzt und hat sich bewährt. Hier auf die Abrechnungsmöglichkeiten gegenüber den Energieverbrauchern einzugehen, würde zu weit führen.
3. Damit sich konzernfreie Stromimporteure und Händler etablieren können, muß es an den Grenzen mehr Kuppelstellen geben. Die Zahl und die Kapazität der grenzüberschreitenden Leitungen muß erhöht werden. Auch der Energiemarkt braucht sowohl im Netz- als auch im Produktionsbereich quantitative Angebote, die den Bedarf übersteigen.

Die Legislative sollte erkennen, daß sich mehr Wettbewerb und damit Preisdruck nicht durch Marktregulierung erreichen lassen. Die Vielfalt aller am Markt verfügbaren Produkte und Leistungen lassen sich am Markt nicht in einem einheitlichen Gesetzesrahmen handeln, ohne daß es, wie am Energiemarkt, zu Verwerfungen kommt.

Ich denke es ist kein wettbewerbswidriger Markteingriff, wenn die Legislative in besonderen Fällen einen produktgruppenspezifischen Marktrahmen setzt. Entscheidend ist, daß der Gesetzgeber sich immer an den Verbraucherinteressen orientiert, und nicht versucht „Industriepolitik“ zu betreiben, denn nur unter dem Begriff „Verbraucher“, zu denen ja auch energieverbrauchende Wirtschaftsunternehmen zählen, lassen sich alle Marktteilnehmer subsumieren. Diesen Grundsatz hat die Rot/Grüne-Bundesregierung, durch ihre Unterstützung bei der Bildung von marktbeherrschenden Unternehmen, vernachlässigt.

Ein zusätzliches Energiepreisproblem kommt von der Politik, die den Energieerzeugungsmix durch Subventionen und manipulierende Abnahmepreisgarantien zu lenken versucht, obwohl das für die CO₂ – Reduzierung nicht erforderlich ist, und die Kosten dafür, weil sie aus den Erfahrungen von Altbundeskanzler Schmidt mit dem Kohlepfennig gelernt hat, am Bundeshaushalt vorbei direkt dem Verbraucher aufbürdet.

„Zielgerichtet“ nennt die Regierung diese Politik. Das bedeutet hier, wie so oft, Scheuklappen aufsetzen und alle Begleitfolgen ausblenden. Nachfolgend einfache Beispiele wie bestimmte Politiker die Komplexität eines Themas einerseits und die spezifische Unkenntnis der Bürger bezüglich des jeweiligen Themas andererseits für sich auszunutzen versuchen.

1. Claudia Roth -die Grünen- sagte sinngemäß, die jährliche Verteuerung auf der Stromrechnung für eine Durchschnittsfamilie beträgt ca. 15 €. Ausgeblendet wird, daß sich die unnötig übersteuerten Energiepreise in jedem Produkt und in jeder Dienstleistung niederschlagen. Für die Herstellung von allem was wir erwerben, im Brot, in der Butter, im Schinken, in Textilien, in Büchern, im Auto, in den Dienstleistungen, die wir mit der Fahrkarte, der Theaterkarte erwerben, usw. usw. wird Energie benötigt. In allem sind die verteuerten Energiepreise einkalkuliert. Ein weiterer Gesichtspunkt, dort wo Energie billiger ist, sind die Produktionskosten niedriger. Ausländische Produzenten haben einen Wettbewerbsvorteil, das kostet bei uns Arbeitsplätze.
2. Trittin sagte sinngemäß, eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken würde die geplanten Großinvestition der Versorger in neue Kohlekraftwerke (hört, hört) überflüssig machen. Damit gingen Arbeitsplätze verloren, bzw. würden Neue nicht entstehen. Tatsächlich wird bei einem Abriss von bereits abgeschriebenen Atomkraftwerken Betriebsvermögen unter Aufwendung zusätzlicher Energie und zusätzlicher Kosten vernichtet. Die Entstehungskosten der neuen Kohlekraftwerke belasten für viele Jahre die Energiepreise, mindestens solange bis auch sie abgeschrieben sind. Jede Energiepreissteigerung verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze. Ich möchte die ganze Unsinnigkeit seiner Argumentation am nachstehenden erfundenen Beispiel deutlich machen. Stellen sie sich vor, die Bundesregierung läßt, um die Bauwirtschaft anzukurbeln, ein Gesetz beschließen, das den Abriss aller Wohnbauten älter als 60 oder 80 Jahre verfügt verbunden mit dem Zwang gleichgroße Wohnflächen neu zu schaffen. Das erzeugt zwar im Baugewerbe eine riesige Zahl neuer Arbeitsplätze, aber die Kosten müßten dann von den Mietern und Wohnungseigentümern aufgebracht werden, genau so wie wir Bürger mit den Kosten für den Abriss und Neubau von Kraftwerken belastet werden sollen.

Die Zahl meiner Mitbürger, die ihre Stromrechnung auf „Ökostrom“ umgestellt hat, nimmt kontinuierlich zu. Sie alle sollten wissen, daß es rein physikalisch unmöglich ist im Stromnetz, in der Zuleitung zu ihrem Zähler, Elektrizität nach der Erzeugungsart zu trennen. Sie erhalten den absolut gleichen Strom wie ich auch. Selbst Anbieter von Ökostrom können bestenfalls garantieren, daß sie Ökostrom ins Netz einspeisen und trotzdem kann bei deren Stromkunden im AKW oder mit Kohle erzeugter Strom ankommen. Einen Mehrpreis, den Verbraucher beim Anbieter für Ökostrom zahlen, hat auch keinen Einfluß auf den Energiemix, denn die Netzbetreiber sind von Gesetzeswegen sowieso gezwungen jede angebotene Menge Strom aus Windkraft, Photovoltaik, usw. jederzeit zu dem vom Gesetzgeber festgesetzten Preis abzunehmen unabhängig davon, wieviele seiner Kunden einen Mehrpreis für Ökostrom zahlen. Der Mehrpreis, den diese Bürger zahlen, - in Frankfurt z.Z. 4.67 Cent je kWh, vermehrt nur den Gewinn eines Lieferanten.

Aber auch die erheblichen Gewinne der Produzenten der erneuerbaren Energien werden, mit Hilfe der staatlich garantierten Mindestpreise dem „kleinen Mann“ aus der Tasche gezogen, entweder über die Preise aller Produkte und Leistungen, die er erwirbt oder direkt über die Stromrechnung. Wettbewerbsfähig gegenüber AKW oder Kohlekraftwerken ist nur die Wasserkraft. Kapazitätserweiterungen sind dafür aber in Deutschland kaum möglich.

Alles was ich hier bezüglich der Strompreise sage, trifft im Wesentlichen auch auf den Gasmarkt zu. Nur ist es hier mit der Durchleitung komplizierter, neben anderen Gründen zuerst, weil es unterschiedliche Gasqualitäten gibt und eine nicht konstante Qualität in manchen Industrien Probleme erzeugt. Strom ist, egal wie er erzeugt wird, immer von gleicher Qualität.

Neben dem Strom- und Gasmarkt gibt es weitere Energiemärkte, in denen der Wettbewerb zu Lasten der Verbraucher durch die Konzentration der Anbieter zumindest eingeschränkt ist. Überall wo marktmächtige Unternehmen vertikal gegliedert sind, das heißt, wo Erzeugung und Vertriebswege in wenigen jeweils gleichen Händen liegen, ist der Verbraucher benachteiligt. So sind z.B. die Treibstofftankstellen im Besitz weniger großer Gesellschaften, die auch im Besitz von Raffinerien sind. Wir alle kennen die sich fast im Gleichschritt bewegenden Preisanpassungen, auch wenn es da lokale Unterschiede gibt. Das Bundeskartellamt hat wiederholt solche Fälle untersucht, aber ohne Ansatzpunkte für Preisabsprachen zu finden.

Vor einiger Zeit hatte ich ein erhellendes Erlebnis. In meinem Heimatort hatte ich getankt und fuhr dann ca 100 m weiter an der nächsten Tankstelle vorbei und sah dort einen gravierend niedrigeren Preis. Es war mir bewußt, daß dies kein Reklamationsgrund ist, ich ging am nächsten Tag jedoch trotzdem zur Tankstelle, um dort wissen zu lassen, daß Kunden so etwas bemerken.

Die Chefin antwortete, daß sie sich das nicht erklären könnte, denn man würde sich sonst immer sofort gegenseitig über die Preisänderungen telefonisch informieren. Seit diesem Tag weis ich, daß Kartelle auch von unten nach oben funktionieren können.